

P o l i t i k II/110

Hannover, 23.12.1947

Die deutschen Kriegsgefangenen

Von Dr. Kurt Schumacher

Ein unübersehbares Heer von Kriegsgefangenen ist noch aussorhalb der deutschen Grenzen. Selbst Länder, die grundsätzlich die Kriegsgefangenen freigegeben haben und nicht wünschen, ihre Arbeitskraft zu verwerten, haben eben diese Kriegsgefangenen anderen Ländern für Zwecke produktiver Arbeit überlassen. Die USA können von sich sagen, alle Kriegsgefangenen entlassen, aber sie können nicht von sich behaupten, sie in Freiheit gesetzt zu haben.

Sowjetrussland erklärte auf der Moskauer Konferenz, nur noch 890.000 Kriegsgefangene in seinem Gewahrsam zu haben. Das bedeutet, dass eine unendliche Anzahl von Menschen zum Teil zugrunde gegangen, zum Teil in Russland sesshaft gemacht, zum Teil für militärische und politische Zwecke in Anspruch genommen worden ist. Jugoslawien, Polen und andere Länder haben auch eine undurchsichtige Wand um ihre Kriegsgefangenen, ihre Verwertung und ihre Lebenshaltung aufgebaut.

Wir akzeptieren amtliche Zahlen aus allen Ländern des Ostens nicht. Wir Sozialdemokraten wollen nicht mit solchen Zahlen operieren, die aus bestimmten politischen Zwecken und zur Vertuschung größter Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten entstanden sind. Für uns ist der deutsche Kriegsgefangene ein Bestandteil des deutschen Volkes. Wir machen auch die Diffamierung derjenigen, die im Dritten Reich Waffen getragen haben, nicht mit. Sein Verhalten beim Aufbau eines neuen deutschen Staates und einer neuen deutschen Wirtschaft soll entscheiden, ob er ein Träger oder ein Opfer des Nazismus ist.

Selbst wenn man die Berechtigung des Wunsches der Siegermächte auf Wiedergutmachung anerkennt, kann man nicht diese Verpflichtung auf einzelne Personen konzentrieren. Zur Wiedergutmachung ist das ganze deutsche Volk verpflichtet und nicht die Einzelwesen, die das Schicksal der Kriegsgefangenschaft erfahren haben. Kriegsgefangenenarbeit ist heute mindestens in einem Teil Sklavenarbeit, in jedem Fall aber menschliche Ungerechtigkeit. Wir Sozialdemokraten sind gegen Unmenschlichkeit und Sklavenarbeit. Wir glauben, dass eine grundlegende neue Situation nur aus dem Geiste der Menschlichkeit geschaffen werden kann. Die Gleichgültigkeit gegenüber dem einzelnen menschlichen Schicksal ist der gefährlichste Feind einer Neuordnung der Dinge.

Die menschliche Arbeitskraft gerade der produktionsfähigen jüngeren männlichen Jahrgänge ist gewiss von größter Bedeutung. Deutsch-

Land kann ohne sie nicht wieder aufgebaut werden. Aber wir wehren uns dagegen, diese menschliche Arbeitskraft für solche Zwecke einzusetzen, die einem Export von Menschen anstelle eines Exportes der Waren gleichkommen. Ohne die ungeheure Armee der jüngeren Männer kann Deutschland weder wirtschaftlich erstarcken, noch politisch reorganisiert werden. Ohne diese Männer ist unser Volk nicht nur biologisch, sondern auch moralisch bedroht. Ohne sie ist eine unermesslich grosse Quelle von Tragödien und von Unglück gegeben.

Die Sozialdemokratische Partei tritt ein für die vorzeitige Entlassung der Kriegsgefangenen. Das Schicksal dieser Gefangenen ist eine Verleugnung des Geistes der Menschlichkeit, ohne dessen Verwirklichung die menschliche Geschichte zu einer Kette von sinnlosen Abenteuern entwürdigt wird. Die Kriegsgefangenen sind ein Stück von uns. Wir können ohne sie nicht leben. Die Frage der Kriegsgefangenen ist von der Sozialdemokratischen Partei ohne Rücksicht auf das Wohlwollen einzelner Siegermächte behandelt worden. Sie kommt nicht mehr von der Tagesordnung und wächst von Tag zu Tag an Bedeutung.

Das Jahr 1948 ist das Jahr des verstärkten Kampfes um die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen in allen Ländern. Wir Sozialdemokraten werden nicht aufhören, die Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu mobilisieren und an die Menschlichkeit und an die politische Einsicht der Länder zu appellieren, in denen noch deutsche Kriegsgefangene sind. Das Verhältnis der Deutschen zu den einzelnen Siegermächten wird massgebend bestimmt durch das Verhalten dieser Mächte zu den deutschen Kriegsgefangenen und ihren Willen, sie ihrem Land und ihren Angehörigen zurückzugeben. Die Sozialdemokratische Partei denkt an die deutschen Kriegsgefangenen und kämpft für sie!

Sozialdemokratie und Frauen

Von Dr. Kurt Schumacher

Heute sind rund Zweidrittel der Wahlberechtigten Frauen. In ihrer Hand liegt die politische Formung Deutschlands, wenn sie sich dessen bewusst sind und wenn sie ihren Einfluss geltend machen wollen.

Der Weg geht nicht mehr zurück zu einer politischen Entmachtung der Frauen. Er geht vorwärts zu der Verstärkung ihres politischen Einflusses. Man darf dabei die Frauen nicht auf die speziellen Gebiete zurückdrängen, die ihnen traditionell zugewachsen sind wie spezifische Fürsorge, Frauen- und Erziehungsfragen. Die Frauen müssen auf dem Gesamtgebiet der Politik ihren Einfluss gestalten.

Aus organisatorisch und parteigeschichtlich gewordenen Gründen werden in Deutschland alle Parteien versuchen, die Frauen auch in Sonderorganisationen zusammenzufassen. Das ist richtig und notwendig. Aber in der letzten Konsequenz sind nicht die Sonderorganisationen der Geschlechter, sondern die Gesamtorganisationen der Parteien massgebend.

und müssen das politische Bild der Frauen bestimmen.

Heute hängt im praktischen Leben unendlich viel an Aufgaben und Sorgen an den Frauen. Aber sie dürfen sich von diesen Bürden nicht erdrücken lassen. Alles steht und fällt damit, dass es den Frauen in Deutschland gelingt, noch genügend Willen und politische Spannkraft für die Aufgaben der Politik in sich lebendig zu erhalten.

Langsam aber sicher wächst der Anteil der Frauen in der Sozialdemokratischen Partei. Aber er ist nur ein geringer Bruchteil der Zahl, die für uns gewonnen und verpflichtet werden muss. Auch innerhalb der politischen Parteien ist es nicht Aufgabe der Frauen, passiv und führungsbedürftig Parolen entgegenzunehmen, sondern sich an der Findung und Durchkämpfung der Leitsätze sozialdemokratischer Politik aktiv zu beteiligen.

Das Jahr 1948 ist ein Jahr, in dem wir vor bedeutsame und schicksalsschwere Entscheidungen kommen werden. Diese Entscheidungen sollen und dürfen nicht von einer Vorhut ausgekämpft werden. Sie müssen die Masse der politischen Menschen in Deutschland in der Kampffront sehen. Dieses Jahr wird auch im Prinzip darüber entscheiden, ob es gelingt, die Frauen in unserem Lande für die Politik zu interessieren und zu einem entscheidenden Faktor für Frieden, Freiheit und Sozialismus zu machen.

Die "Dritte Kraft"

Frankreichs Kampf gegen die Extreme - Die grosse Chance des Sozialismus
Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Die kommunistische Offensive gegen Freiheit und Demokratie ist gescheitert. Die gaullistische Bewegung autoritärer Tendenz steht passiv im Hintergrund. Frankreich ist entschlossen, seinen Traditionen getreu auf einem gesunden Mittelweg zwischen den feindlich-gemeinten Extremen hindurchzusteuern. Die Parteien der Republik und der Demokratie haben daher beschlossen, eine gemeinsame Front, "Dritte Kraft" genannt, zu bilden.

Diese Dritte Kraft ist ein alter Wunsch der Führer der Republikanischen Volksbewegung (M.R.P.), die bei den Sozialisten bis zu den letzten Gemeindewahlen im Oktober dieses Jahres wenig Gehör fand. Der Parteikongress von Lyon hatte sich im August 1947 sogar ausdrücklich gegen eine derartige Bewegung ausgesprochen. In den letzten Wochen wuchs aber das Bewusstsein, dass allein ein Zusammenschluss der fortschrittlichen Kräfte der Mitte den beiden Extremen den Weg zur Macht verbauen kann. Léon Blum, Guy Mollet, Marceau Pivert - alle Tendenzen der französischen Sozialisten von der Rechten bis zur Linken wurden zu eifrigen Anwälten jener Dritten Kraft, die heute von einem Wunschtraum des M.R.P. zu einer Wirklichkeit des politischen Lebens Frankreichs geworden ist. Der Nationalrat der Sozialisten hat sich Mitte Dezember fast einstimmig für diese Bildung ausgesprochen, das erste

Manifest der neuen, republikanisch-sozialistischen Aktionsgemeinschaft wird in kurzer Frist erscheinen. Der Zusammenschluss von demokratischem Sozialismus und fortschrittlichem Katholizismus in einem bisher durch klerikal-atheistische Kämpfe gekennzeichnetem Lande ist auch jenseits der Grenzen Frankreichs von Bedeutung, denn er ist bezeichnend für die zukünftige ideologisch-soziologische Entwicklung in Europa.

Das grosse Ziel der "Dritten Kraft" Frankreichs ist die Verteidigung der Freiheit und der unentbehrlichen Rechte der menschlichen Persönlichkeit. Die Voraussetzungen eines Erfolges sind zunächst die organische Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft und Mittelstand, und ferner ein ständiges, tatkräftiges - nicht theoretisches - Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Der demokratische Sozialismus Frankreichs gibt jetzt nach langem Zögern zu, dass das Proletariat klassenmässig eine Minderheit darstellt und der Sozialismus auf demokratischer Grundlage nur dann zu verwirklichen ist, wenn es gelingt, das Vertrauen und die Mitarbeit der sozialen Mittelschichten zu gewinnen. Der hauptsächlichste Gegner der Arbeiterschaft ist ja heute nicht mehr das Klein- oder Mittelbürgertum, sondern vor allem die bürokratisch-autoritäre Allmacht des staatlichen Verwaltungsapparates in totalitärem Gewande.

Die Dritte Kraft, die im Innern des Landes die Verstaatlichungen durch wahre Sozialisierungen ersetzen will, denkt aussenpolitisch international-europäisch. Sie sieht die Rettung für Europa, das Gefahr läuft, zum Schlachtfeld der beiden feindlichen Blöcke zu werden, nur in der Bildung einer starken, lebensfähigen europäischen Föderation.

Es ist der Wunsch der französischen Sozialisten, zur treibenden Kraft der neuen Bewegung zu werden. Sie wissen, dass die tiefe Enttäuschung weiter Schichten der Arbeiterklasse über die kommunistische Haltung dem französischen Sozialismus heute die beinahe einzigartige Möglichkeit gibt, erneut zum grossen Sammelbecken der Arbeiterschaft zu werden. Das Prestige der Partei ist in den letzten Wochen beachtlich gestiegen. Ihre Haltung war folgerichtig, energisch und politisch einwandfrei. Ihre innere Einheit ist heute stärker denn je. Alle Voraussetzungen für einen entscheidenden Erfolg sind gegeben. Um ihn zu erringen, muss die Partei ihren bisherigen Weg entschlossen weiterverfolgen, d.h. vor allem das Vertrauen der Arbeiter durch eine positive Sozial- und Wirtschaftspolitik verdienen. Es handelt sich nicht mehr um Schlagworte, um Kampf gegen Trusts und Kapitalismus, sondern viel praktischer um die Sicherung des Existenzminimums der grossen Masse, um ihre tägliche Verteidigung gegen eine Minderheit gewissenloser Demagogen und Spekulanten. Es ist auch in Frankreich kein Geheimnis mehr, dass man den Totalitarismus der Linken und der Rechten nicht mit Worten und Anti-komplexen bekämpfen kann, sondern nur dadurch, dass man ihm seine wirtschaftlich-soziale Grundlage entzieht: Not und Ungerechtigkeit.

Die französische Gewerkschaftsbewegung befindet sich völlig im Umbruch. Die Arbeitermassen verlassen mehr und mehr die kommunistisch beherrschte C.G.T. Die Bildung einer neuen, politisch unabhängigen Gewerkschaftszentrale ist unumgänglich. Die christlichen Gewerkschaften, das Arbeiterelement des MRP, werden ihren Anschluss an diese neue Bewegung nicht versagen. Die "Dritte Kraft" kann daher, wenn sie es versteht, aus Sozialismus und Demokratie eine untrennbare Einheit zu machen, mit der Unterstützung der Mehrheit der Arbeiterklasse rechnen.

Otto Lehmann-Russbüldt - 75 Jahre alt

Am 1. Januar vollendet der Vorkämpfer der Deutschen Friedensbewegung und Begründer der Deutschen Liga für Menschenrechte, Otto Lehmann-Russbüldt, sein 75. Lebensjahr.

In Berlin als der Sohn eines kleinen Zollbeamten geboren, kam er bereits in den neunziger Jahren in den Kreis Wilhelm Boelches und Ernst Haeckels, Bruno Willes, Carl Hauptmanns und Gustav Landauers. 1912 gründete er zusammen mit dem bekannten Friedensfreund und Sportsmann von Topper-Laski das Komitee für eine deutsch-französische Verständigung. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges entwickelte sich hieraus der "Bund Neues Vaterland", der es sich zum Ziel setzte, einen raschen Verständigungsfrieden herbeizuführen. Der Bund fand bald Unterstützung aus allen Kreisen der Linken. Zu den ersten Mitgliedern gehörten u.a. Professor Albert Einstein, Professor Walther Schücking, der ehemalige Londoner Botschafter Fürst Lichnowsky, der heutige Berliner Stadtrat Ernst Router, der bekannte Sozialist Eduard Bernstein und der linksradikale Karl Liebknecht. Wegen seiner konzessionslosen Bekämpfung jeden Annexionsprogramms musste der Bund seine Tätigkeit aber bald einstellen. Nach dem Ende des Kaiserreichs war es wiederum Otto Lehmann-Russbüldt, der die ersten entscheidenden Schritte unternahm. Aber die alten Gegner waren keineswegs tot. Aktive Mitglieder des Bundes, wie Karl Liebknecht und Gustav Landauer, fielen als erste dem neuen Militarismus der jungen Republik zum Opfer. Lehmann-Russbüldt und seine Mitarbeiter liessen sich durch Drohungen und Warnungen nicht beirren. Aufgrund der engen Zusammenarbeit des Bundes mit der französischen Liga für Menschenrechte wurde Anfang der zwanziger Jahre der Name in "Deutsche Liga für Menschenrechte" ungeändert und damit auch der Aufgabenkreis erweitert. Die Deutsche Liga nahm sich aller jener Rechtsfälle an, in denen deutsche Justizbehörden zu Urteilen gekommen waren, die sowohl der Verfassung, als auch dem wirklichen Sinn der Gesetze Hohn sprachen. Der Liga für Menschenrechte ist es zu danken, dass die Fehlurteile in den Fällen Wandt, Fechenbach und Bullerjahn aufgehoben und die Verurteilten in Freiheit gesetzt wurden. Mehrfach haben die Behörden der Weimarer Republik versucht, die Liga für Menschenrechte und Otto Lehmann-Russbüldt wegen Landesverrats vor Gericht zu stellen, doch nie ist auch nur eines dieser Verfahren durchgeführt worden, weil man sehr bald erkannte, dass jegliche Grundlage für eine solche Anklage fehlte.

Otto Lehmann-Russbüldt hat zahlreiche Bücher und Broschüren veröffentlicht, die alle nur dem einen Ziel dienen, die Menschheit und damit Deutschland vor den Schrecken eines zweiten Weltkrieges zu bewahren. Das bedeutendste unter ihnen ist wohl das 1929 erschienene Buch "Die blutige Internationale der Rüstungs-Industrie", das in elf Fremdsprachen übersetzt und publiziert wurde. Der zweite Weltkrieg ist deshalb freilich der Menschheit nicht erspart geblieben.

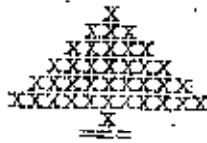
Die Machtübernahme Hitlers in Deutschland machte den unerschrockenen Kämpfer für Frieden, Freiheit und Recht zum Emigranten. Nachdem er nach dem Reichstagsbrand zweimal verhaftet worden war, verliess der damals 60-jährige die Heimat, um fortan von England aus weiter für den Frieden zu

wirken, indem er die Welt vor der immer deutlicher werdenden Kriegsgefahr durch die offene Wiederaufrüstung Nazi Deutschlands warnte. Ein Teil der in der Emigration entstandenen Schriften ist vor und während des letzten Krieges in England veröffentlicht worden; ein anderer Teil soll in Kürze in einem deutschen Verlage erscheinen.

Mit grossem Interesse verfolgt Otto Lehmann-Russbüdt heute die Entwicklung in seiner alten Heimat, an der er mit grosser Liebe hängt. Ihm erscheint es als das Wesentlichste, die Welt von der Furcht vor dem deutschen Militarismus endgültig befreit zu sehen. Die militärische Entwaffnung allein hält er für unzureichend, wenn nicht gleichzeitig damit auch eine geistige Entwaffnung durchgeführt wird. An die Stelle der Machtarbeit muss der Wille zu friedlichem Zusammenleben mit allen Völkern treten. Nur so, so glaubt Lehmann-Russbüdt, wird das deutsche Volk das nun einmal bestehende Misstrauen gegen sich zerstreuen und sich den Weg zu einer wiederaufwärtsführenden gedeihlichen Zukunft bahnen können.

-st.

Verantwortlich: Peter Baunau



Verlag und Redaktion des Sozialdemokratischen Pressedienstes senden allen Beziehern und Mitarbeitern die besten Weihnachtsgrüsse und Wünsche zum neuen Jahr. Wir hoffen auf eine weitere gute Zusammenarbeit und werden bemüht bleiben, den gemeinsamen Interessen nach Kräften zu dienen.

